

Monopoly in groß

Drei Banken wollen Bürgschaften vom Industriegasekonzern Linde zurück. Darunter die Commerzbank. Deren Übernahme durch Unicredit steht kurz bevor

Von Gudrun Giese

Die Deutsche Bank, die Hypovereinsbank und die Commerzbank fordern nach einem gescheiterten Projekt in Russland Hunderte Millionen Euro vom Industriegasekonzern Linde zurück. Parallel dazu rückt für die Commerzbank der Verlust der Eigenständigkeit durch die Aktienankäufe der Mailänder Unicredit näher.

Der Linde-Konzern soll im Mai 2017 einen Auftrag über den Bau einer Anlage in der russischen Teilrepublik Tatarstan erhalten haben. So berichtete damals *finanzen.net*. Das Volumen des Geschäfts wurde mit rund einer Milliarde Euro beziffert. Für das Investment bürgten die drei Großbanken mit erheblichen Summen, die sie nun vor Gericht zurückklagen wollen. Denn: Nach dem Beginn des Ukraine-Krieges platzte das Russland-Projekt von Linde. Das *Handelsblatt* meldete am Montag, dass allein die Deutsche Bank 244 Millionen Euro Schadenersatz vom Industriegasekonzern zurückfordert. Mit dem Scheitern des in Russland geplanten Projekts sollen die drei bürgenden Banken auf erheblichen Kosten sitzengeblieben sein, für die sie Linde in der Verantwortung sehen. Es gebe demnächst einen ersten Prozess, hieß es in der Zeitung.

Während in dieser Angelegenheit offen ist, welche Beträge die drei Geldinstitute am Ende zurückerhalten werden, rückt die Übernahme der Commerzbank durch die Mailänder Großbank Unicredit immer näher. Die im Mai gestartete Offerte an die Aktionäre, ihre Papiere zu tauschen, endete am 3. Juli und brachte der Unicredit weitere 17,6 Prozent Anteile an der Commerzbank, wodurch sie insgesamt mit rechnerisch 44,37 Prozent an der Frankfurter Großbank beteiligt ist und allein die meisten Aktien ihr eigen nennt. Die Mehrheit wurde allerdings knapp verfehlt. Die Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Bettina Orlopp, will sich nach Medienberichten nicht länger »einem konstruktiven Dialog mit Unicredit-Chef Andrea Orcel« verweigern. Gleichzeitig bezweifelte sie aber die Angaben aus Mailand über das Volumen des Aktienzuwachses. Die Bundesregierung – mit etwa zwölf Prozent der Anteile zweitgrößter Einzelbesitzer – lehnte das Vorgehen der Unicredit als »inakzeptabel« ab und stellte wiederum klar, das eigene Aktienpaket nicht zu verkaufen.

Allerdings sollen die Mailänder Kaufoptionen auf weitere 3,22 Prozent der Commerzbank-Anteile haben und so auf insgesamt 47,59 Prozent gelangen. Bei der Unicredit sieht man mit dem Vorgehen »einen weiteren Schritt bei der Umsetzung der strategischen Investition in die Commerzbank« vollzogen. Der

gesamte Prozess stehe aber noch unter Beobachtung der Finanzaufsicht, hieß es auf *finanzen.net* vergangenen Mittwoch. Offenbar glaubt man in Frankfurt inzwischen kaum noch, die Übernahme abwenden zu können, möchte aber zumindest ein geordnetes Verfahren. »Nur mit einer einvernehmlichen Lösung unter Einbindung der Unternehmensführung, der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter sowie der Bundesregierung als zweitgrößtem Aktionär ist es aus Sicht der Commerzbank realistisch, Synergien aus einem Zusammenschluss in einem angemessenen Umfang und Zeitrahmen zu erreichen«, gab das Portal ein Statement der Bank wieder.

Verdi hatte immer wieder vor der Übernahme durch die Unicredit gewarnt, nicht zuletzt wegen der Erfahrungen bei deren Vorgehen mit der Hypovereinsbank: Dort waren nach der Übernahme durch die Mailänder 2005 Arbeitsplätze in erheblicher Größenordnung gestrichen worden. Bei der Commerzbank könnten bis zu 10.000 der derzeit rund 39.000 Beschäftigten durch die Unicredit-Übernahme gefährdet sein. Deshalb hätten die Gewerkschaft und der Commerzbank-Gesamtbetriebsrat bereits Schutzregeln durchgesetzt. Im Mittelpunkt einer kurzfristig durchgesetzten Vereinbarung mit dem Management der Frankfurter Bank stünden der »faktische Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen sowie faire und attraktive Programme für freiwillige Austritte«, heißt es in einer Verdi-Mitteilung vom 16. Juni. Außerdem seien wichtige Grundlagen geschaffen worden, um langfristig gute und sichere Arbeitsbedingungen zu erhalten. »Die Strategie der Commerzbank wird nur dann funktionieren, wenn sie sozial abgesichert ist«, erklärte Kevin Voß, Commerzbank-Unternehmensbetreuer bei Verdi. »Gute Arbeit und sichere Perspektiven für die Beschäftigten müssen dabei oberste Priorität haben.«

<https://www.jungewelt.de/artikel/526037.commerzbank-monopoly-in-groß.html>